

## Stadtverordneten-Sitzung

vom 30. November 1922.

Auf eine kurze Anfrage Tüdler wegen der ungenügenden Belieferung der Bevölkerung mit dem von der Regierung für November zugelassenen Zucker (8 Pfund auf den Kopf) wurde vom Ratstische geantwortet, daß das städtische Wirtschaftsministerium auf eine Eingabe erklärt habe, keine andere Antwort geben zu können als die, die in der Pressemitteilung der Nachrichtenstelle der Stadtkanzlei gegeben sei. Der Großhandel habe die erforderlichen Zuckermengen zugewiesen erhalten, der Kleinhandel habe indessen die zum Teil im Zuckerkabinett vorliegenden Vorauszahlungen in vollem Umfang nicht leisten können und deshalb nicht genügend erhalten. Es ist das Ministerium um schriftliche Abstellung dieses Missstandes erucht worden.

Zur Unterstützung des Philharmonischen Orchesters wurden im Rahmen der Stadtvorlage 350000 M. an Stelle der bereits bewilligten 350000 M. zur Vollendung der laufenden Konzertperiode bewilligt. Abgelehnt wurde jedoch jede Bindung für weitere Zusätze. Der Rat wurde erachtet, sich gemeinsam mit der Gesellschaft zur Förderung des Philharmonischen Orchesters an die bemittelten Einwohner der Stadt zu wenden, um die Erhaltung des Philharmonischen Orchesters zu ermöglichen. Über die Erhaltung des Orchesters in dem Kollegium im Februar 1923 Bericht zu erstatten.

In Verfolg eines Antrages Schepel empfahl der Prüfungsausschuss, den Bücherei-Ausschuss der städtischen Verschaffung zu beauftragen, die Grundsätze für das Auslegen von Tagezeitungen in der Zeitkette baldigst erneut zu überprüfen mit dem Ziel, Blätter aller wichtigen politischen Richtungen auszulegen. Unter Ablehnung eines Abänderungsantrages Schepel, der die sofortige Auslegung der Roten Fahne und des kommunistischen Kreisblattes erstrebe, wurde demgemäß beschlossen.

Für die Übernahme der Bibliothek der Gesellschaft, die nach dem ersten Obergeschoß des Neuen Rathauses verlegt wird, wurde ein Berechnungsgebot von 150000 M. bewilligt.

Der Rat wurde erachtet, von der Bereitwilligkeit des Staates, in den Zwingeranlagen einen Altersspielplatz freizugeben, unter Übernahme der Kosten der Vergiegung der Umpflanzung durch die Stadt, recht bald Gebrauch zu machen und die Bewilligung der dazu nötigen Mittel baldigst herbeizuführen.

Eine Haushaltvorlage betraf die Errichtung eines Nachtrags zur Stiftungsurkunde für die Oberbaudirektion-Stiftung, worin bestimmt wird, daß die Stiftungsmittel zum größten Teil zur Errichtung eines Stadions auf den Zwingermauern zu verwenden sind und die in der Stiftung zur Zeit vorhandenen Mittel in Höhe von 1% Million Mark zur sofortigen Verpflichtung von Materialien für das Stadion bereitgestellt werden. Die Vorlage wurde ohne Debatte übernommen. Mit der Ausführung der Planung soll so lange gewartet werden, bis durch Verlauf des Amtsdienstes, Sachsenplatte, die erforderlichen Mittel verfügbar geworden sind. Ein Zusagntrag, eine Radfahrstraße vorzusehen, wurde abgelehnt.

Nach einem Nachtrag zum Haushaltplan für 1922 für die Staatstheater machte sich für die Stadtgemeinde eine Mehrbelastung von 1500000 M. nötig. Für 1923 vertrug der städtische Ausschuss 22280100 M. Unter gewissen Bedingungen wurden die Mittel bewilligt.

Der Rat hat eine weiterliche Erhöhung der Preise für Bäder usw., im Olympiabad und die Einrichtung von Familienbaden beschlossen. Die weitere Festsetzung der Bäderpreise zunächst bis 1. April 1923 soll ausdrücklich dem Wohlfahrtsausschuss übertragen werden. — Stadtrat Schmitt behauptete, daß mit den Abonnementkarten vielfach Mißbrauch getrieben werde, und beantragte die Zusage von zwei Privatbadearbeitsbezirken in den Bäderauschüssen, die dort offenbar dafür sorgen sollen, daß Bäder werden. — Stadtrat Enger bestätigte den Zusatzantrag, daß Bäderfreiheit herauszustellen, könne nicht Aufgabe des Zwingers sein. Natürlich müßten auch die Bäderhäuser möglichst niedrig gehalten werden. — Nach langer Debatte wurde der Antrag abgelehnt.

**Sur-Ronahme von Ratsbauarbeiten wurde antragsgemäß rund 21 Millionen Mark bewilligt.**

Dann kam ein Antrag Sonntag und Dienstag zur Beratung, der den Rat ersucht, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die steuerfrei Grenze der Landesgewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923/24 der Geldentwertung entsprechend erweitert wird. Auf Antrag des Genossen Fischer ging der Antrag an den Rechtsausschuss.

Endlich wurde noch ein von allen Fraktionen unterstützter Antrag Lubitsch auf Verbilligung der Belebungssummen beraten. Ein vom Genossen Fischer eingebrochener Zusatzantrag forderte den Rat auf, unverzüglich eine Vorlage herabzugeben, wonach die Übernahme der Friedhöfe in Gemeindeeigentum erfolgt und die verbilligte eventuell unentgeltliche Totenbestattung einzuschließen. Auch für diese beiden Anträge wurde Ausschlußberatung beschlossen.

## Gewerkschaftsbewegung

### Streit in der Badischen Anilinfabrik

Die Badische Anilin- und Soda-fabrik in Ludwigshafen hat, wie wir bereits meldeten, die drei zum kommunistischen Betriebsratseckongress delegierten Arbeiter entlassen. Daraufhin ist die Belegschaft in den Streik getreten, so daß das Oppauer Werk vollständig stillgelegt ist. Nunmehr hat das Gewerbeamt entschieden, daß die Entlassung der drei Mitglieder des Betriebsrates an Recht besteht, und die Werksleitung hatte sich bereit erklärt, die Amtshaltung der gesamten Belegschaft, die inzwischen erfolgt war, als ungerechtfertigt zu betrachten, wenn die Arbeit bis Mittwoch von der Mehrheit wieder aufgenommen würde. Ein Teil der Arbeiter ist daraufhin wieder zur Arbeit erschienen. Eine vorgenommene Abstimmung über den Streikspruch ergab jedoch eine Mehrheit für den Streik. Daraufhin sind die Arbeiter erneut in den Ausstand getreten. Es handelt sich um etwa 8000 Arbeiter, die nunmehr von der Fabrikleitung entlassen wurden. Der Streik gewinnt weiter an Ausdehnung, nachdem sich noch fünf weitere Werke angeschlossen haben. Unter anderem auch Ludwigshafen.

Es mag dahingestellt sein, ob nicht auch ohne einen allgemeinen Streit die Zurücknahme der Entlassung der drei Betriebsratsmitglieder zu erreichen gewesen wäre, und so wenig

wie auch Veranlassung haben, uns schüchtern vor den rein aus parteipräsidialistischen Gründen einhergehenden kommunistischen Betriebsratseckongress zu stellen, müssen wir doch sagen, daß keinesfalls das Unternehmen zum Beschlag ist. Darüber hinaus müssen die Teile derselben ihre Delegierten entsenden. Erst recht geht es darüber zu reden, zu welchen Tagungen die Arbeiterschaft oder Teile derselben ihre Delegierten entsenden. Erst recht geht es darüber zu reden, ob überhaupt und wohin Vertreter entstehen werden. Deshalb ist die Maßregelung in dem vorliegenden Falle unangebracht und unberechtigt, und es ist bedauerlich, daß die Unternehmerschaft dadurch nur die Bedeutung des Berliner Betriebsratseckongresses in einem Maße erhöht, wie das dieser Tagung überhaupt nicht zulässt. Die Entscheidung des Gewerbegerichts ist ebenso schärfstens zu verurteilen, auf sie trifft das gleiche wie auf die der Unternehmer zu.

Wir haben bereits betont, daß die Gewerkschaften bemüht sein werden, die Unannehmlichkeiten, die den zu dem Berliner Kongress entstandenen Delegierten von Seiten der Unternehmer erwachsen, nach Möglichkeit zu mildern oder zu beseitigen zu suchen. Ammerhin muß auch heute festgestellt werden, daß die gesamte Arbeiterschaft endlich von den Drahtziehern kommunistischer Parolenansammlungen abrücken sollte. In ihrem eigenen persönlichen Interesse sowohl, als im Interesse der gesamten Arbeiterschaft überhaupt.

**Beratung der Krankenkassenangestellten**

Am 24. November tagten die freigewerkschaftlich im Zentralverband der Angestellten organisierten Krankenkassenangestellten Dresdens in einer Nachkampfversammlung, in welcher der Leiter des Landesamtes für Arbeitsvermittlung, Kollege Direktor Kirch, einen Vortrag hielt. Das Thema lautete: Entwicklung, Notwendigkeit und Ziel der Berufsberatung. Nach kurzer und klarer Entwicklung des ganzen Berufsgedankens und Berufsbildes kam Kollege Direktor Kirch auf die Industrialisierung der Wirtschaft zu sprechen, die mit einer der Hauptzwecke der gegenwärtigen Berufsunfreiheit bildet. Durch die Entstehung des vierten Standes (Proletariat) zeigt sich immer mehr und mehr die Verbindung zwischen Gesellschaftsklasse und Beruf, die Entstremung und Bekämpfung der Gesellschaftsklassen untereinander wird schärfer, wobei jeder Gemeinschaftsgedanke angründet; bei der Berufswahl entscheidet nur noch die Tradition oder die wirtschaftliche Stellung des Vaters. Im weiteren bringt die Industrialisierung die Arbeitgliederung, damit verbunden eine Mechanisierung der Arbeit und des Menschen, die eine Universönsierung der Arbeit bedingt und zum Verlust jeder ethischen Berufsausübung führt. Durch die ständige zunehmende Verschärfung des Konkurrenzspiels entwickelt sich immer mehr die planmäßige Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, die die Vollbeschäftigung weitgehend verhindert und die quantitative Arbeitsleistung des einzelnen Arbeitskraft vermindert. Ferner ist als weitere Begleiterscheinung der Industrialisierung die planmäßige Vermehrung der Pendlerung zu beobachten und die Zusammensetzung großer Menschenmassen auf verhältnismäßig kleine Wirtschaftsgebiete. Die Arbeit wird immer mehr und mehr von der Wohnstätte in die abgelegene Fabrik verlegt, wobei eine große Berufsunfreiheit in der heranwachsenden Jugend entsteht. Die Folge davon ist bei der Berufswahl, daß diese vollständig von Unfällen geprägt ist oder zum ungewöhnlich ungünstig auf die Arbeitsmarktlage aus.

Als Ziel der Berufsberatung begründete daher Kollege Direktor Kirch die Notwendigkeit, den richtigen Menschen an den richtigen Platz zu bringen und die Förderung eines inneren und äußerer Zusammenhangs zwischen Arbeitskraft und Arbeit.

Die bisher interessantesten von großer Sozialen Kenntnis geprägten Ausführungen des Referenten lösten eine rege Diskussion aus. Alle Redner waren sich darin einig, daß auf dem sehr wichtigen Gebiete der Berufsberatung noch manches zu tun übrig bleibt und daß alle in Frage kommenden Kreise zu einer planmäßigen Arbeit zusammengeführt werden müssen, soll erfolgreiche Arbeit geleistet werden. Keiner Redner lohnte den Redner für seine angedeckten, viele praktische Winkel enthaltenden Ausführungen.

Der Streit bei der Berliner Hochbahn ist beendet. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden.

Nachgruppenversammlung der Reichs-, Staats- und Postangestellten im R. d. A. am Montag den 4. Dezember, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Schloßplatz 20, Saal 1. Tagordnung: II. a. Referat des Herrn Direktors Kirch vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.

## Parteiangelegenheiten

### Die Abstimmung

Zu einigen Parteiblättern wird erinnert, daß der Soz. Parteiendienst und der Vorwärts es unterlassen haben, darüber zu berichten, daß bei der Abstimmung über das Billigungsvotum für das Kabinett Cuno eine Anzahl Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sich der Abstimmung enthielten. Dazu schreibt der Parteidienst, daß die Mitteilungen der kommunistischen und bürgerlichen Presse stark übertrieben seien. Sowohl sich selbst wie die anderen Gebiete der Berufsberatung noch manches zu tun übrig bleibt und daß alle in Frage kommenden Kreise zu einer planmäßigen Arbeit zusammengeführt werden müssen, soll erfolgreiche Arbeit geleistet werden. Keiner Redner lohnte den Redner für seine angedeckten, viele praktische Winkel enthaltenden Ausführungen.

## Aus aller Welt

### Ein dreizehntägiger Sittlichkeitsprozeß

In Berlin ist ein Prozeß an Ende gegangen, der die Geschäftsführung stark beschäftigte. Vor dem Schwurgericht stand das Ehepaar Franz, dem Rottzucht in mehreren Fällen, Belästigung von Ehe, Freiheitsberaubung, schwere Körper- und Verführung

zur Last gelegt wurden. Opfer der beiden waren angeblich junge Mädchen aus anständigen Familien geworden; sie behaupteten, von den Angeklagten belästigt und vergewaltigt worden zu sein. Mehrere Angeklagte erklärten, an eine Belästigung der Mädchen nicht glauben zu können. Kriminalkommissar Dr. Kopf führte aus, die Aussagen von höheren Töchtern, sie seien das Opfer von Gewalt oder Belästigungsmitteln geworden, seien sie eis mit dem größten Misstrauen aufzunehmen. Solche Aussagen seien meist nur die Biederholung der Entschuldigung ihres Tuns vor den Eltern und als Rottzüge in dem stärksten Sinne des Wortes zu bezeichnen. Was besonders die Anwendung von Belästigungsmitteln betreffe, so handle es sich hier, abgesehen von ganz verschwindenden Ausnahmen, um eine allerdings weitverbreitete Kriminallegende. In den Aussagen der das Ehepaar belastenden Zeuginnen seien für den gerübt Kriminalist typische Unschlagbarkeitszüge erkennbar. Seit zwei Jahrzehnten habe er (Dr. Kopf) als Leiter der Expressionsabteilung vom Berliner Polizeipräsidium sehr häufig Gelegenheit gehabt, derartige Erzählungen von Mädchen über angebliche Attentate unter Anwendung von Belästigungsmitteln auf ihre Richtigkeit zu prüfen und sei dabei fast stets dazu gekommen, festzustellen, daß es sich um unwahre Aussagen der betreffenden Mädchen gehandelt habe.

Als Staatsanwalt und Verteidiger zu Wort gekommen waren, zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Sie vernahmen sämtliche 42 Schuldfragen. Beide Angeklagten wurden daraufhin freigesprochen. Der Haftbefehl gegen Franz wurde, zu der Preisprechung aufgehoben. Franz mußte sich nach Bekanntung des Urteils in eine Klinik begeben, um sich einer Operation unterzuziehen. Durch ein Versehen eines Gefängniswärters ist ihm nämlich anstatt Morphin eine ätzende Säure, in den Arm gefügt worden, wodurch Franz eine schwere Blutergüsse erlitten hat.

## Vereinigte Arbeiterjugend

Heller-Versammlung. Sonnabend den 2. Dezember im Volkshaus, Saal 2: Versammlung aller Hölzer (Funktionäre). 1. Vortrag: Arbeiterjugend, Jungaktivisten und Partei. 2. Verschiedenes und Geschäftliches. Alle Mitarbeiter und Hölzer müssen kommen.

Gruppe Leuden-Niederlößnitz. Wie machen die Eltern und welche Freunde nochmals auf den am kommenden Sonnabend den 2. Dezember im Gasthof Niederlößnitz (Vereinszimmer) stattfindenden Eltern-Abend ausmerksam. Einlaß 7 Uhr. Beginn 7½ Uhr.

Jugendbeiräte des Bezirks Kamenz-Radeberg-Ottendorf. Die für Sonntag den 3. Dezember nach dem Hüttentestrauma in Ottendorf einberufene Jugendarbeitserziehung.

Umfände halber erst Sonntag den 10. Dezember, vormittags 10 Uhr, stattfinden. Die Jugendbeiräte sind verpflichtet, vollständig zu erscheinen.

## Sport + Spiel + Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Turnerschaft Striesen. 2. Dezember, 7½ Uhr, Monatsversammlung in der Deutschen Eiche, Vorber. um 6 Uhr Funktionserziehung. Bahnhof und pünktlich erscheinen.

Als Ziel der Berufsberatung begründete daher Kollege Direktor Kirch die Notwendigkeit, den richtigen Menschen an den richtigen Platz zu bringen und die Förderung eines inneren und äußerer Zusammenhangs zwischen Arbeitskraft und Arbeit.

Verein für volkstümliche Wasserport. Gruppe Dresden. 6. Dezember, 8 Uhr, vormittags 9 Uhr, Kinderversammlung im Jugendheim, Lößnitz, Volksstraße 15. 1. Wie pünktlich erscheinen! Die Eltern sind gleichfalls eingeladen, da Auflösung über die neuen Kindertagesstätte erfolgt. — 6. Dezember, abends 7½ Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im Turnverein Hebbelstraße.

Arbeiter-Mannolinen-Gitarren- und Schuhbund. 2. Dezember, abends 8 Uhr, Sitzung bei Hause, Dresden-Lößnitz, Lößnitzer Str. 81. Sämtliche Vertreter der Vereine haben anzuzeigen zu sein.

**Wasserläufe der Moldau, Ústí, Eger und Elbe**

Ústí	29	80	Ústí	29	80
Moldau	Wudweis	—	24	—	14
Moldau	Wudweis	—	10	+	1
Ústí	Wudweis	—	62	+	53
Ústí	Jungiuval	+	7	+	18
Eger	Wudweis	—	20	fehl.	9
Eger	Wudweis	—	51	—	40
Dresden	Brandis	+	39	+	45
Dresden	Brandis	+	62	+	53
Dresden	Geumzig	+	66	+	65
Dresden	Gutig	—	57	+	43
Dresden	Gutig	—	80	—	58

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Woermann; für Sachen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Stadtteilrat u. Aus der Umgebung: Franz Holzhausen; sämtlich in Dresden; für Sozials aus Freital: Richard vom Rath, Wilsdruff; für den Interessenteil: Max Weißbold, Dresden. — Druck und Verlag von Aden u. Comp., Dresden.

Markenfälschung brauchen

## Poroß als Kraftkost

Nahrung u. wohlfeil

In den Drogerien und Apotheken zu haben.

Generallieferung und Lager für Dresden und Umgegend Max Kraft, Dresden, Willstrasse 6, Telefon 1420.

## Hühneraugen

werden Sie sicher los durch Hühnerauge - Lebewohl Hühnerauge an der Rückseite bei Lebewohl-Ballen-Schellen.

Kein Verwischen, kein Gesticken am Strumpf. — In Drogen u. Apotheken. Man verlangt audiodi. Lebewohl

## Stenotyp- und Handelskurse

Beginn: 4. Dezember, 2, 4 und 7 Uhr. Autokurz und Privatkurz.

Sonderkurse für Herren und Damen mit höherer Schulbildung.

Rackow, Altmarkt 15. Tel. 17137.

für Cotta u. Co. mit der heutigen Nummer ein Prospekt von Artur Pöpler. Cotta bei



**Frage Salamander-Stiefel!**

an Güte, Passform und Preiswürdigkeit unübertroffen.

Dresden – Seestrasse 3